Freie Demokratische Partei Bundesschiedsgericht

Dr. Diethardt von
Preuschen Geschäftsführer

Beschluss

In dem Schiedsgerichtsverfahren **B-9-107/III-00**

Ortsverband T, vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den
Vorsitzenden G,

- Antragsteller und Beschwerdegegner -

gegen

H,

- Antragsgegnerin und Beschwerdeführerin -

wegen Parteiausschluss

Das Bundesschiedsgericht der FDP hat unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Lindemann und unter Mitwirkung der Beisitzer Dr. Engelhardt, Dr. Wolf, Bach und Reichelt auf die mündliche Verhandlung vom 20. Juli 2001 beschlossen:

Der Beschluss des Landesschiedsgerichts vom 15. Juli 2000 wird aufgehoben.

Gründe:

Das Landesschiedsgericht hat am 15. Juli 2000 beschlossen, dass die Antragsgegnerin aus der FDP ausgeschlossen ist. Gegen diesen am 29. Juli 2000 zugestellten Beschluss hat die Antragsgegnerin am 22. August 2000 Beschwerde eingelegt. Die fristgerechte Beschwerde ist begründet. Die Antragsgegnerin hat durch die Spendenbescheinigung des Schatzmeisters der FDP nachgewiesen, dass sie für das Jahr 1999 120,- DM als Beitrag gezahlt hat. Dem gemäß ist der Ausschlussantrag unbegründet. Der angefochtene Beschluss war aufzuheben. Kosten werden nicht erhoben. Außergerichtliche Kosten und Auslagen sind nicht zu erstatten.

gez. Dr. Peter Lindemann

gez. Dr. Hanns Engelhardt

gez. Hermann Bach

gez. Michael Reichelt

gez. Dr. Gerhard Wolf

Dr. Diethardt von Preuschen